

Vossische

10 Pfennig

Gez. 1462



1704

Mit
Kurzzeitel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ulstein'sche Buchdruckerei, Georg B. Freund, Verantw. Redakteur: Anton A. Handelsheim, Carl Mich. Berlin, Ullsteinstr. Manuskripte werden nur zurückgenommen wenn Porto beiliegend

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ulstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3604, für den Paraverkehr: Amt Dönhofs 3606-3608 Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin Postcheckkonto Berlin 680.

Der neue türkische Kurs

Ablehr von Westeuropa

Von

Dr. Wilhelm Gebhann,

Verlagsleiter der „Vossischen Zeitung“

Stambul, 22. Januar

Diese Bestimmung gegen den Völkerverbund trieb die Türkei während der Wostallspannung in die Arme Rußlands, das sich seit dem Antarktischen Unabhängigkeitskrieg 1919-1923 als einziger hilfloserer Freund der Türkei bewährt hatte. Das Ergebnis war die Unterzeichnung des türkisch-russischen Neutralitätstraktates vom 17. Dezember 1925 in Paris, wozu der türkische Minister des Auswärtigen von Genf zur Begegnung mit Scharifschin gereist war.

Diese Bestimmung gegen die Westmächte, besonders gegen England, hat die Türkei jetzt zu noch längerer Anlehnung an Rußland getrieben, nachdem sie seit der Wostallungung zum Juni 1926 auf den wirtschaftlichen Bestand Westeuropas gewartet hatte. Das Ergebnis sind die Vereinbarungen, die in Angora mit Karadenz getroffen wurden und zum Teil im Protokoll vom 17. Dezember 1929 öffentlich festgelegt sind.

Die Türkei hat ihre diplomatische Unabhängigkeit dem russischen Freunde geopfert und macht Vereinbarungen mit den Nordwesten Rußlands von der Zustimmung Moskaus abhängig, wie umgekehrt Rußland mit dem Nordwesten der Türkei nichts ohne Angora's Zustimmung vereinbaren wird. Die türkisch-russische Beziehung im stillen Mittelmeer, die von den Westmächten bei der Vorbereitung des „Mittelmeer-Panama“ bisher übersehen wurde, ist durch die Entdeckung des russischen Seebahnhofs „Bassifalja Komana“ und des Kreuzers „Profintern“ ins Schwarze Meer untergefallen worden. Bei Gründung der türkischen Staatsbank wird, wie verlautet, Moskau mit irgendeiner zur Verfügung gestellten Goldwertes helfen. Die Türkei erhält im übrigen ihre wirtschaftliche Erhaltung von systematischer Erhaltung der Auslandsanleihe durch die heimische Produktion. Der Reichsrat der „Mittelt“ vom 17. Januar gibt Klar zu verstehen, daß die wirtschaftliche Unabhängigkeit ringende Türkei sich demselben verweigern sollte, wenn man in Rußland-Österreich vereinbarten Schuldenzahlungen an das Ausland einzuhalten. Kurz, man übertritt nicht, wenn man von einem neuen Kurs der türkischen Politik spricht.

Es ist ein Gebot der Ehrlichkeit, festzuhalten, daß die territorialen Ziele diesen neuen Kurs der Ablehr von Westeuropa nicht gewollt hat. Die Leiter der türkischen Geschäfte sind hierzu überlegt davon, daß Westeuropäer ihnen einfach keine andere Wahl ließ. Seit Erklärung der politischen Unabhängigkeit war es für jeden denkenden Menschen klar, daß die Erhebung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit das Ziel Rußlands Komana trüben würde. Die Türkei erschaffen dafür den Bestand Europas. Sie glaubten, daß die neue Türkei durch ihre mühsamen Anstrengungen nach europäischem Vorbild ein Recht auf Europas Bestand erworben habe. Bittere Enttäuschungen klären sie darüber auf, daß diese Hoffnung falsch war. Europa hat sich, wie der Abgeordnete Mahmut, ein Vertreter Mustafa Kemal, heute im „Mittelt“ sagt, noch nicht mit den Vorstellungen der abgeworfenen „Kolonialisation“, der Fremdenverträge im alten Osmanischen Reich, freimachen können. Was die neue Türkei an „Ehrerbietung“ bietet, genügt dem westlichen Kapitalismus nicht. Er verlangt „Kontrolle“, also wenn die alte Türkei Abdul Samids noch da wäre.

Epstein Mahmut in seiner Rede auf gewisse Verpflichtungen mit England über eventuelle Finanzhilfe an? Es klingt fast so. Der

englische Flottenbesuch vom Oktober vorigen Jahres stellt auf jeden Fall eine Art von Schildlausende für die türkische Politik dar. Einen Augenblick schien es so, als sei die langjam lang vorbereitete, von beiden Seiten gewünschte Wiederannäherung zwischen der Türkei und England erreicht. Beim ersten Wort über die praktischen Auswirkungen des Freundschafts Abkommens der Traktat gekommen zu sein, allmählich Ansehen nach, weil von englischer Seite in schwer begreiflicher Unkenntnis über die hiesigen Strömungen

Bedingungen formuliert wurden, die für die „unabhängige“ Türkei unannehmbar waren.

Es hat England, ferner ohne es zu wollen, Karadenz die Wege geöffnet und der russischen Außenpolitik einen Erfolg beschert. Wostana Wirtschaft konnte die Türkei bisher nicht laden. Der von Europa verlassenen Türkei erhielt jetzt in Rußland sogar die wirtschaftliche Hilfe. Sie wird gleich dem türkischen Freund verurteilen, ohne Europa auszunutzen, da Europa so wenig Verständnis für die türkischen Notwendigkeiten hat.

Ein neuer Kurs. Was er der Türkei und der Welt bringen wird, läßt sich heute noch nicht absehen. Grund zum Gedenken hat man einzuhalten nur in Moskau.

Für große Koalition

Breussische Verhandlungen

Unter dem Vorhild des Ministerpräsidenten Braun findet heute nachmittags eine Besprechung der Vertreter der bisherigen drei Koalitionsparteien über die Frage der Erweiterung der Regierungsbasis in Preußen statt.

Die demokratische Fraktion, die durch Abgeordneten Falk, den Minister Höpfer-Schiff und den Abgeordneten Michel bei dieser Besprechung vertreten sein wird, hat nach mehrstündiger Beratung folgende Geschäftsordnung gefaßt:

Die demokratische Landtagsfraktion hält heute wie bisher die Wiederprüfung der Großen Koalition in Preußen für erwünscht und sie ist bereit, hierfür Opfer zu bringen, glaubt aber, daß sie nicht angestimmt werden kann, allein solche Opfer zu bringen.

Die Bestellung eines Ministers ohne Parteizugehörigkeit widerspricht dem Gedanken der Verwaltungsreform und der Notwendigkeit überhöhter Sparmaßnahmen auch in allen Einkommensgruppen. Ein Arbeitsgeber fähig für den neu zu beschaffenden Minister; es kann zu finden. Die demokratische Fraktion würde damit einverstanden, wenn sich ein im Amt befindlicher Reichsminister der Volkspartei bereit erklären sollte, gleichzeitig das Amt eines preussischen Staatsministers zu übernehmen.

Bei der Besetzung des Kultusministeriums muß auf die Bestimmung der konfessionellen Bevölkerungsverhältnisse Rücksicht genommen werden, weil der derzeitige Staatssekretär im preussischen Kultusministerium Rathoff ist. Die demokratische Fraktion bittet den Ministerpräsidenten, weitere Verhandlungen, die nach der Bestimmung ausschließlich in seiner Hand liegen könnten, nach diesen Gesichtspunkten zu führen.

Moldenhauer und Schacht

Dr. Moldenhauer, der seit der Jänner Geschäftsversammlung im großen Maß eine rasch gewonnenen Popularität besitzt (am Samstagabend auf dem Reichstag hat man vor der Eröffnung am häufigsten nach ihm fragen hören), wird heute die zweite Bedeutung des Entwurfes eines Hindenburg-Monopolgesetzes benötigen, um im Reichstag ein Finanzpolitisches Exposé vorzutragen. Er hat verstanden, um die Finanzlage ungeschönt zu zeigen, wie sie im Augenblick wirklich aussieht, und man darf neuerlich hoffen, welches Eindringen von dem finanziellen Status des Deutschen Reiches man noch hierher habe haben wird. Es scheint schon jetzt gewiß: das Steuerfinanzprogramm, wie es im Dezember veröffentlicht wurde, kann nicht eingehalten werden; es wird, wenn nicht aufgehoben, so doch zumindest aufgehoben werden müssen. Eine merkwürdige Situation, daß das ein Finanzminister sein werden müssen, der zur Deutschen Volkspartei gehört, die diese Steuerentlastung am dringlichsten verlangt hat und es beinahe zum Zweck in der Koalition hat kommen lassen, weil die Sozialdemokratie ehlich genug war, sich an ein Programm nicht binden zu wollen, das sie für unübersichtbar hielt.

Nach der Reichstagsauflösung werden sich die führenden Männer der Koalition mit dem Kanzler und den beteiligten Reichsministern zusammenkommen, um über den Fall Schacht zu reden. Es ist ein „fall Schacht“, obwohl es sich um die grundsätzliche Behauptung des neuen Reichsbank-Gesetzes handelt. Die Sozialdemokratie will aus dem Verhalten des gegenwärtigen Reichsbankpräsidenten im Saag die entsprechenden Folgerungen ziehen und hat mehrere Anträge vorbereitet, durch die die Überwindungen einzelner Bestimmungen des Reichsbank-Gesetzes, wie er im Saag vereinbart worden ist, erreichen will. Im wesentlichen gien

die Anträge darauf ab, den Einfluß der Regierung auf die Zusammenfassung des Generalrats zu fassen, sowie auf die Ernennung und Abberufung des Reichsbankpräsidenten.

Die Aussicht, daß die Koalitionsparteien sich mit den sozialdemokratischen Anträgen in der letzten Form einverstanden erklären werden, ist gering. Nicht weil die bürgerlichen Koalitionsparteien in dem Urteil über Schacht von der Sozialdemokratie abwichen; der Reichsbankpräsident hat es fortwährend, eine einheitliche Meinungsfront gegen ihn zu bilden. Aber nicht alle Parteien wollen in den prinzipiellen Forderungen soweit gehen wie die Sozialdemokratie. Man wird nach einer gemeinsamen Formel lauden und sicher zu vermeiden wissen, daß der Fall Schacht als Sprengmittel in der Koalition wirkt.

Es ist übrigens auffallend, wie schnell das Oernde um die Schwereigkeiten der Koalition wieder abgeflaut ist, seitdem die Verhandlungen in Preußen bekannt geworden sind, jetzt in das bestehende Stadium treten.

Zentrum und Bayerische Volkspartei

Verhandlungen in Berlin

Zwischen den Führern des Zentrums, Prälat Kasch und Dr. Brüning einseitig, sowie den Führern der Bayerischen Volkspartei, Ministerpräsident Seid und Abgeordneter Schoefer andererseits, haben heute in Berlin Besprechungen stattgefunden, die politische Tragweite haben. Es handelt sich um eine Auseinandersetzung zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei vor allem über Finanz- und Steuerfragen. Die Gegenfraktion der Bayerischen Volkspartei gegen die Volkspartei ist noch immer sehr groß und Bayerns Wünsche in Bezug auf den Finanzausgleich sind immer noch sehr abweichend von dem Plan der Regierung. Es soll der Versuch gemacht werden, eine Einigung auf einer mittleren Linie zu erzielen.

Aufgehobenes Todesurteil

Jerusalem, 27. Januar | Ullstein-Nachrichtendienst

Unter außerordentlichen Anteilnahme der Bevölkerung fand heute vor dem Appellationsgericht die Verhandlung gegen den zum Tode verurteilten Josef Miszack Orpali statt, der in Verbindung mit den jüngsten Unruhen des Nordens an zwei Wochentagen angeklagt war. Infolge widerstrebender Zeugenaussagen wurde das Todesurteil gegen Orpali aufgehoben und der Versuch an die erste Instanz zurückverwiesen. Eine außerordentlich große Menge hatte vor dem Gericht das Urteil erwartet.

Die Kriegsgefahr im Gran Chaco

Eingreifen der A.B.S.-Staaten?

New York, 27. Januar | Ullstein-Nachrichtendienst

Die Kriegsgefahr im Gran Chaco hat sich neuerdings wieder deutlicher gezeigt, daß man nunmehr ein Eingreifen der A.B.S.-Staaten erwartet, um Ruhe und Frieden in Südamerika zu gewährleisten. Die Intervention der drei Länder würde vornehmlich die vorübergehende Besetzung eines transandinen Straßens bei

Chacabergelände durch argentinische, brasilianische und chilenische Truppen zur Folge haben.

Auf die Mitteilung Valdens an den Völkerverbund teilte das Regierungsinstitut Paragwais mit, daß es bereits fünf Tage vor dem ersten Zwischenfällen funktionsfähig Beschlüsse aus der Paz aufgefunden haben, die die bolivianischen Truppen anweisen, den Vormarsch in breiter Front anzutreten.

Der Kommandeur der bolivianischen Truppen habe ausdrücklich, daß die Passagiere des Völkerverbunds äußerst erwidern.

Krisenluft in London

Prozedurfragen und ihre Hintergründe

Die Londoner **Flottenkonferenz** scheint heute fast, kaum eine Woche nach ihrer offiziellen Eröffnung, der ersten Krise zu neigen zu sein. In der Presse hat sich ein derartiges Kollisionsfeld der Optimisten der ersten Tage verfliegen und scharfe Auseinandersetzungen über die politischen und technischen Probleme, die vor die Diskussion stellen, sind an ihre Stelle getreten. An dem Verhältnis zwischen England und Amerika ist deutlich eine Abkühlung zu verzeichnen, die sich seit der in die letzten Bemühungen der amerikanischen Delegation verandelt hat, eine „europäische Einheitsfront“ gegen das „Großkampffloß“ zu verhindern und zunächst einmal die Frage der Kreuzerfrage zu behandeln. Amerika wünscht diese Kreuzer weniger, weil es am Bau von Großkampffloßen scheitern will, sondern weil es der Meinung ist, daß es bei der Beizug auf Großkampffloße ausgeglichen wird, festhalten will, wie fast die Kreuzerflotte der anderen Mächte sein werde. Besonders verstimmt ist man in der amerikanischen Delegation über den französischen Vorschlag der moralischen Dreieinigkeit der europäischen Flottenmächte, der nach Ansicht der Amerikaner eine Wiederholung des englisch-französischen Marineabkommens von 1902 bedeuten könnte.

Die englische Presse und die Delegationen der Dominions zeigen eine starke Verunsicherung über die Bereitwilligkeit MacDonells, dieses gefährliche Abkommen, das zwischen England und Amerika an dem Rand eines Bruchs geendet hat, in einem für Frankreich noch unvollständigen Sinne zu erklären. In Frankreich dagegen nimmt man es außerordentlich übel, daß Amerika sich weigert, das Washingtoner Abkommen über die Großkampffloße abzugeben, es nicht die Kreuzerfrage einbringen gelassen ist.

Dieser ideenreiche Streit um Prozedurfragen hat aber ernste Folgen begründet. Jede Nation vertritt eine Interessenposition und ein Verhandlungsprogramm aufzustellen und durchzuführen, das es ermöglicht, alle die Fragen, die ihr besonders unangenehm sind, zu verhandeln und zunächst diejenigen Probleme zu verhandeln, bei denen die andere ihr die persönliche Konzeption machen müssen. Der „Acti Parisien“ stellt heute den Ausdruck eines Delegierten, der erklärt haben will, es ist sehr wohl möglich, daß die Konferenz plötzlich zerbröckle, es man sich überhaupt auf den Schied vorbereiten habe. Auf alle Fälle liegt aber für die nächsten Tage keine Gefahr für den Scheitern vor.

Nach der Beurteilung der französischen Presse wird es sich dabei in der Hauptsache um die Frage der Einleitung nach Kategorien handeln, da die Engländer die Regierung sogar auf

Torpedobootsflotten ausdehnen wollen, während Frankreich seit jeher die volle Unbegrenztheit für kleinen Kreuzer und Torpedoboot verlangt habe.

Eine weitere Schwierigkeit erwartet man durch einen Vorstoß der japanischen Delegation, die in die Debatte über die Kreuzerfrage auch die Submersibles einbringen will. Die Japaner wollen vernehmen, daß Submersibles im Kriegesfall nicht mit Anlagen über sechs 300 Kaliber ausgerüstet werden dürfen. Dieser Vorstoß wird natürlich auf englischer Seite sehr rasch abgelehnt werden, da Englands Defensiv an Submersibles, die als sehr brauchbare Hilfskräfte verwendet werden können, jeder anderen Macht überlegen sind.

Primos Verzweiflungsschritt

Die Offiziere sollen abstimmen

Madrid, 27. Januar | Ulstein-Nachrichtendienst

Primo de Rivera behält die erste Stellung durch die dauernden Klammern der letzten Tage und wagt immer weiter untersteht werden, was hat zu einem verhassten Mittel gezwungen, um festzustellen, ob es für die nächsten Monate weniger auf die Arme verlassen könne. Zu einer ausführlichen Erklärung des Diktators, die gestern von der Presse veröffentlicht wurde, wird mitgeteilt, daß die zehn kommandierenden Generale der Arme, die drei den Oberbefehl führenden Admirale, ferner der Oberkommandierenden in Marokko, der Kommandeur der Genarmee, der Grenzschutz und des Invalidentrupps sofort die ihnen unterstellten höheren Offiziere befehlen sollen, ob Primo de Rivera weiterhin das volle Vertrauen des Heeres und der Marine besitz.

Kommt der Diktator nach der Prüfung des Befragungsergebnisses zu der Ansicht, daß sich das Heer, dem es ursprünglich seine Abhängigkeit verdankt, nicht mehr hinter ihm steht, so will er dem König folgen die Gesamtheit der Diktatur Regierung unterbreiten. Die Generale haben die Befehle erhalten, die Umfrage ohne jede Verzögerung vorzunehmen, da die Stellung des Diktators durch den Schritt Primo de Riveras voll-

Wenn es ohne Zweifel auch vertriebt wäre, sich angeht als auf dieser Schwierigkeiten einen übertriebenen Optimismus hinzugeben, so ist es die Einstellung der letzten 48 Stunden, die noch darauf hinzuweisen, daß mit einer einmütigen reibungslosen Erzielung der einzelnen Programmpunkte vorläufig noch nicht zu rechnen ist. Die Interessengegenstände zwischen den einzelnen Mächten sind viel zu groß, als daß heute schon von dauerhaften Kräfteveränderungen für oberste Ebene die Durchsetzung bestimmter Verhandlungen gesprochen werden kann. Es ist weder die Liebe von einer europäischen Front noch von einer absoluten angelegentlichsten Übereinstimmung. Das Bild, das die Londoner Konferenz in dieser Hinsicht bietet, wirkt mehrschichtig im Laufe der nächsten Woche noch häufig wechseln, und es wäre deshalb durchaus verfehlt, wenn man auf Grund von mehr oder weniger glücklichen verlaufenden Einzelverhandlungen zwischen den verschiedenen Delegationen weitgehende Schlüsse politischer Art ziehen wollte.

können laßt sich, solange nicht die Entfaltung der Offiziere vorliegt.

Über die Vorgeschichte dieses Überfalls und zweifellos einige befremdliche Bemerkungen einer Regierungsgesandtschaft bekannt: Die politischen Redakteure der führenden spanischen Presse hatten am Sonnabend um eine Unterredung mit dem Diktator gebeten, in der sie alle die Wünsche, die die Öffentlichkeit Spaniens in den letzten Tagen demnach hat, Primo de Rivera vorzutragen. Unter anderem machten sie ihm darauf aufmerksam, daß man es allgemein für wohl halte, daß der König die Demission des Diktators bereits angenommen habe und den jetzigen Generalminister, General Zayas, zu seinem Nachfolger bestimmen habe. Ferner machten sie ihm von dem Gerüchten Mitteilung, daß bereits ein Vermaltungsreformgesetz aus drei Generalen gebildet sei, das die Regierungsgewalt effektiv in Händen habe. Zunächst hat Primo de Rivera alle diese Mitteilungen auf die letzte Antwort genommen haben, aber allmählich, als die Journalisten immer mehr Einzelheiten über die Erregung im Lande erzählten, wurde er nachdenklich und erklärte sehr ernst, er werde sofort zurücktreten, wenn er einen Menschen würde, dem er ohne Belieben die Regierungsgewalt übergeben könnte. Selbst sei aber niemand da, und er werde es nicht tun, daß man die Sägel genauem entwirre.

Nach der Unterredung mit dem Journalisten ließ der Diktator längere Zeit allein und das Resultat seiner Überlegungen war jener Appell an das Militär.

Frankreichs Sozialisten bleiben in Opposition

Stürmische Auseinandersetzung auf dem Parteitag

Paris, 27. Januar | Ulstein-Nachrichtendienst

Nach zweitägigen hitferren Debatten ist der außerordentliche sozialistische Parteitag gestern Abend geschlossen worden. Wie vorausgesehen war, haben die Gegner der Regierungsbeteiligung mit 2066 gegen 1507 Stimmen den Sieg davongetragen.

Die Majoritätsresolution des Deputierten Lebas befähigt nachträglich die viel umstrittene Aufschreibung des Nationalrates vom 28. Oktober 1929, in der die Einbindung Delandiers zur Bildung einer Koalitionsregierung abgelehnt wurde, und erklärt, daß die sozialistische Partei die Regierung nur übernehmen dürfte, wenn sie die Majorität der Kammer hätte erreicht und das Regierungsprogramm ausgeprägt sozialistischen Charakter trägt. Einseitig wird beschlossen, daß während der gegenwärtigen Legislaturperiode die Regierungsbeteiligung unter allen Umständen abzulehnen sei. Diese sei überhaupt nur unter außerordentlichen Bedingungen möglich, auf Grund eines besonderen Beschlusses des Nationalrates oder des Parteikonferenzen.

Die Majorität lehnte auch eine proportionale Verteilung der Ministerien ab. Die Zagung schloß mit einer scharfen Kampfkampagne der Ministerien, die in sehr heftigen Ausdrücken gegen die Methoden und Beschlüsse des Parteitag protestierte und erklärte, die Ministerkeit werde sich nicht gefallen lassen, sondern den Kampf in den Provinztagen weiterzuführen.

Diese Erklärung ist einen förmlichen Sturm hervor. Der Parteivorsitzende Paul Faure bestieg die Tribüne, um die „Proposition“ der Ministerheit in leidenschaftlicher Form zurückzuweisen. Unter allgemeiner Zustimmung wurde dann der Kongreß geschlossen.

Französisches Studentenheim in Berlin

Eine Berliner Nachrichten-Agentur berichtet am Sonnabend eine Meldung, wonach die französische Regierung beabsichtigt, an Stelle des bisherigen Deutsch-französischen Studienamtes in Berlin ein „Institut de France“ als eine Art französisches Kulturpropaganda-Institut zu errichten. Diese Meldung bedarf der Ergänzung und Klärung.

Das Deutsch-französische Studienamt, dessen Sitzes in Berlin von einem Franzosen und in Paris von einem Deutschen geleitet wurden, ist in ganz privater und von Privatpersonen getragenes Unternehmen. Es wird auch noch der schon vor längerer Zeit beschlossenen deutsch-französischen Schließung seiner Aktivitäten weiter bestehen, als Vereinigung von Männern, die sich die Aufgabe gestellt haben, die kulturellen Beziehungen der beiden Völker zu fördern. Mit Regierung oder Regierungshilfe hat dieses Komitee gar nichts zu tun.

Unabhängig davon beabsichtigt die französische Regierung, am

dem Germanisten-Kongress in Berlin zu teilnehmen, und zu veranlassen, in der Reichshauptstadt ein Haus zu erwerben, in dem französische Studenten wohnen und erziehen. Als „Hausvater“ für dieses französische Studentenheim wird der Kulturattaché der Französischen Botschaft in Berlin, Professor Peschard, genannt. Uebrigens soll ein ähnliches Heim für deutsche Studenten in Paris errichtet werden.

Der Kulturpropaganda dient ein solches Studentenheim nicht im allgeringsten, es wird vielmehr für die Kultur des Landes, in dem die jungen fremden Menschen nicht nur arbeiten, sondern von Menschen und Dingen lebendige Eindrücke empfangen.

Der Schatten Liebnechts

Der zweite Prozeß Jorns

Die Klage des Reichsanwalts Jorns gegen den verurteilten Redakteur der „Reichswehr“ „Das Landvolk“, Josef Bernheim, der ihm beschuldigt hat, die Widerstandskräfte und der Hofa zugewandt als Führer der Unterirdischen beschuldigt zu haben. Man heute vor der Strafkammer des Landgerichts I (Vorherrschender Sanitätsdirektor Hoer) zu neuer Verhandlung.

Der Prozeß war in erster Instanz bereits im April vergangenen Jahres verhandelt worden; er endete damals mit einem Freispruch des Angeklagten Bernheim, dessen Behauptungen das Gericht durch den Verlauf der Verhandlungen als erwiesen anah. Während die Staatsanwaltschaft sich mit dieser Entscheidung begnügen wollte, hat Jorns selbst, der als Rechtsanwalt zugelassen war, Berufung eingelegt.

Der Angeklagte wird (wie im ersten Prozeß) von Reichsanwalt 2. et verteidigt. Dem Nebenkläger Jorns, der damals ohne Rechtsbehelf war, steht Jurist Dr. Siegfried Böhme an der Seite. Außer den Zeugen der ersten Instanz hat die Verteidigung zu der Berufungsverhandlung den damaligen preussischen Justizminister Wolfgang Heine und den früheren Reichsstaatsgeordneten Seebow als Zeugen geladen. Ferner ist Rechtsanwalt Alsbeg als Zeuge benannt.

Als erster Punkt kommt der gegen Jorns erhobene Vorwurf zur Verhandlung, er habe den mit der Unterirdischen gegen Hofa zugewandten Widerstandskriegsorganisator K r a z i n aus keiner Beziehung verdrängt. Jorns erklärt hierzu, daß er die Unterirdischen auch im Falle Hofa zugewandt lediglich auf Veranstaltung des Generalleitenden Hofmann von der Gorb-Kanalwerke-Schließung übernommen habe.

Auf eine ausdrückliche Frage seines Reichsanwaltes erklärt der Nebenkläger Jorns, daß er alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe als unbegründet zurückweisen müsse, und daß er in jedem Augenblick seine Pflicht nach Recht und Gesetz getan habe.

Die Verhandlung wendet sich dann der Frage der Behauptung der Zeugen nach Hofa an. Jorns macht den Zeugen erhebliche Schwierigkeiten, gestatte ihnen nicht, ihre Fragen an die zu Vernehmenden zu richten, die Zeugen ihrerseits hätten sich als eine von der Regierung eingesetzte Untersuchungskommission

flon. Der Angeklagte hebt auf dem Standpunkt, daß aus diesem Verhalten des Reichsanwaltes hervorgehe, er habe schließlich eine Kontrolle über die Art seiner Untersuchungsführung ausüben wollen.

Es wird dann kurz die Feststellung des Oberleitenden Vogel gefordert. Oberleitend Vogel war der Führer des Transportes, der Hofa zugewandt vom Cien-Hotel nach dem Untersuchungsgefängnis Mauthaus bringen sollte, auf diesem Wege wurde Hofa zugewandt bekanntlich überredet. Oberleitend Vogel machte über die Vorgänge einen Bericht an den Hauptmann Schräger. Auf Grund dieses Berichtes ordnete der kommandierende General von Cienitz die vorläufige Festnahme Bogels an. Auf Grund dieses Berichtes Jorns dann nach einer langen Vernehmung. Der Angeklagte hebt auch hier auf dem Standpunkt, daß Jorns niemals den Oberleitend Vogel entlassen werde, da er sich nicht erlauben bringe verweigert war, nicht genügend für den Schutz der Hofa zugewandt gefordert zu haben.

Für die liberale Einheitsfront

Karlsruhe (Baden), 27. Januar | Ulstein-Nachrichtendienst

Reichsvereinsamministrator Dietrich, der hier über die politische Lage sprach, begrüßt die Bildung der liberalen Arbeitsgemeinschaft von Demokraten und Deutscher Volkspartei in Baden, weil zu hoffen sei, daß durch die Vereinfachung noch engerer Beziehungen zwischen den beiden größeren liberalen Parteien eine Anknüpfungstaktik auf viele Mitglieder ausgeübt werde, die sich in den letzten Jahren in Splittergruppen gesammelt hätten.

Bei den kommenden Gemeindevahlen in Baden werde die Frage zu prüfen sein, ob man nicht auch in den Gemeindevereinigungen mit der Herbeiführung des Bürgerturns endgültig Schluß machen müsse.

Minister Dietrich beabsichtigt sich dann auch mit außerpolitischen Fragen und wende sich dabei gegen das Verhalten des Reichs- und Reichsleiters Dr. G e o r g im Haag. Die deutsche Regierung habe in den langen Verhandlungen alles erlangt, was überhaupt habe erlangt werden können.

Aufdeckungen allgemein befestigt

Anhaltende Geldflüssigkeit

Wenn auch das Geschäft infolge der anhaltenden Zurückhaltung der ausländischen Börsen während der Krise zunächst...

Der Börsen von Frankfurt und Hamburg

In der Tendenz der Frankfurt- und Hamburgbörsen...

Mittelstahl 8 pCt.

Der den Aufsichtsrat vorgelegte Abschluß der Mitteldeutschen Stahlwerke A.G. für 1928-29 zeigt einen Betriebsüberschuß...

Generalrat einberufen

Wie wir hören, hat der Generalrat der Reichsbank zum 30. d. M. einberufen worden.

Fusion der Südamerika-Banken

Die unter Vorsitz Dr. Millington-Hermann abgehaltene ao. G. V. der Deutschen Ueberseeischen Bank...

Table with 2 columns: Name and Value. Includes entries like Adler Kohle, Bayer, etc.

Unnotierte Werte

Table with 2 columns: Name and Value. Includes entries like Adler Kohle, Bayer, etc.

Die Nähe des Ultimosums wirkte sich auf die Geldmarkte...

Am Dienstagmorgen lag das Pfund international schwach...

Table with 2 columns: Name and Value. Includes entries like Reichsbank, Devisen, etc.

London sehr still

An der Effektenbörse überragte sich das Fehlen von Publikumsauf...

Die Norddeutsche Portland-Zement-Fabrik, Altona, werden in einer a. o. V. der Altonaer, wie die „Vossischen Zeitung“...

In Erwartung der Banken

Garantie-Angebot für die Industriekredit G. m. b. H.

Bei der heutigen Gläubigerversammlung der Frankfurter Industrie Kredit G. m. b. H....

Die Verhandlungen der Gläubiger laufen augenblicklich taktisch so, daß die Ausländer das Wort führen...

Generalrat einberufen

Bei der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.G....

Warenmärkte

Stetige Produktenerbörse

Am Marke der Zettelgasse der Berliner Produktenerbörse...

Anteil festgesetzte Preise an der Produktenerbörse

Table with 2 columns: Name and Price. Includes entries like Weizen, Roggen, etc.

Banken- und Börsennotizen

Berlin, 27. Januar. Präsenztornung der Börse...

Quotenerhöhung

Consolidierte Marie

Differenzen zwischen alt und neuer Verwaltung

In der G.-V. des Consolidierten Braunkohlenwerks Marie...

Norddeutsche Zement-Verreiter im Altonaer-Aufsichtsrat

Im Zusammenhang mit dem Übergang der Aktienmajorität der Portland-Zement-Fabrik Altonaer A.G....

Dividendenklärung bei Dunlop

Wie verriet, wird die Dividende der Dunlop Rubber Co. Ltd. für das Geschäftsjahr 1929 von 20 auf 15 pCt. herabgesetzt werden.

